

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1898

9.7.1898 (No. 186)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 9. Juli.

№ 186.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1898.

Amtlicher Theil.

Durch Entschliessung Großh. Ministeriums des Innern vom 2. Juli d. J. wurde Verwaltungsassistent August Herrmann beim Statistischen Landesamt zum Revidenten bei dieser Stelle ernannt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Am Schlusse der württembergischen Landtagsession.

Stuttgart, 8. Juli.

Als nach dem Abschluß einer langen Tagung die Abgeordnetenversammlung in die Ferien ging, hat der Präsident, ihn diesmal von dem sonst üblichen geschäftlichen Rückblick zu entbinden, da von den Hauptgegenständen der Berathung noch keiner zum endgiltigen Abschluß gekommen sei. Das kennzeichnet die politische Lage, der — auch das ist charakteristisch — jetzt das führende Centrumsorgan etwa folgende Betrachtungen widmet: „Das Schicksal der vielversprochenen württembergischen Reformen liegt noch völlig im Dunkeln. Dabei hat sich die allgemeine Konstellation seit der Einbringung der Vorlagen einigermaßen verschoben. Die Reformtemperatur hat sich im Laufe der Jahre etwas abgekühlt. Dazu kamen politische Momente allgemeiner Natur, wie sie durch die Reichstagswahl hervorgerufen sind: der Rückgang der Volkspartei, das Anwachsen der Sozialdemokratie, das Zusammengehen von Volkspartei und Sozialdemokratie — Momente, die sicher bei der Ersten Kammer, vielleicht auch bei der Regierung, eine ganz andere Situation herbeigeführt haben, als jene war, unter der die Reformvorlagen eingebracht wurden.“ Das Blatt hätte diesen Wenderungen der Lage noch weiter anfügen dürfen: das Abdrücken des Centrums von der Volkspartei, das gerade in den vorstehenden fühlbar schen deutlich zum Ausdruck kommt.

Aus den Berathungen der letzten Tage sind noch zwei interessante Punkte hervorzuheben. Das eine ist der neuerlich erfolgte Zusammenhang zwischen Steuerreform und Verfassungsrevision, wozu die Erste Kammer durch eine Budgetrechtsfrage geföhrt hat. Wertwüridigerweise kam der Sprecher der Volkspartei, C. Hausmann, zu der Ansicht, daß hier „der Schlüssel zur Verfassungsrevision“ liege; wenn die Abgeordnetenversammlung der Ersten Kammer vorerst die Konzeption verjage, von der diese ihre Zustimmung zur Steuerreform abhängig gemacht hat, so könne sie damit die Erste Kammer zu einer günstigen Stellungnahme gegenüber der Verfassungsrevision und zum Verzicht auf die dort erwartete Erweiterung ihres Budgetrechts bewegen. Vergänglich führte der Berichterstatter Gröber (Centr.) den zutreffenden Gegenbeweis, daß die Sache gerade umgekehrt liegt, daß die Erste Kammer hier einen Trümpf in ihre Hand gebracht hat, bei dem sie es ruhig abwarten kann, welche von den zwei Gefahren die Abgeordnetenversammlung lieber laufen will: entweder die Konzeption bezüglich der Steuerreform schließlich doch machen zu müssen, ohne dabei irgend welche Garantie für das Zustandekommen der Verfassungsrevision zu haben, oder Steuerreform und Verfassungsrevision gleichzeitig mit einander scheitern zu sehen. Die Volkspartei scheint die letztere Gefahr für die kleinere zu halten und die Deutsche Partei schloß sich ihr vorerst an, so daß das Verlangen der Ersten Kammer nicht einmal die einfache Mehrheit, geschweige die in diesem Falle notwendige Zweidrittelmehrheit erhielt. Interessant war das Reduell zwischen Hausmann und Gröber, wobei der Centrumsführer sich in gleichgiltigster Kühle über das Schicksal der Verfassungsrevision aussprach, um so mehr dagegen die dringende Nothwendigkeit der Steuerreform betonte, während der Führer der Volkspartei erklärte, daß ein Theil seiner Freunde ohne die Verfassungsrevision der Steuerreform seine Zustimmung nicht geben werde.

Wenig befriedigt zeigte sich die Volkspartei ferner über die Haltung des neuen Finanzministers v. Zeyer in der Frage der künftigen Fortführung der Steuerreform. Die Abgeordnetenversammlung hat schon im allerersten Anlauf, bei der Generaldebatte, in einer Resolution die Einführung der Vermögenssteuer nach preussischem Muster als Ziel der Steuerreform aufgestellt. Die Erste Kammer hat dagegen die Vermögenssteuer sozusagen im voraus abgelehnt. Der Finanzminister hatte schon hierbei erklärt und wiederholte es nun in der Abgeordnetenversammlung, daß er sich in dieser Frage völlig freie Hand vorbehalte, wobei

aus den näheren Darlegungen des Ministers hervorging, daß er bis jetzt wenigstens der Vermögenssteuer wenig geneigt ist. Abg. Hausmann glaubte daher einen Rückzug des jetzigen Chefs der Finanzverwaltung von den Anschauungen des verstorbenen Finanzministers v. Kiecke konstatieren zu müssen, Minister v. Zeyer bestritt indes, daß sein Amtsvorgänger sich irgendwie für die Vermögenssteuer engagiert habe. Im übrigen blieb der Minister bei seiner Erklärung und als später der ritterchaftl. Abg. Zehr. v. Herman sich durch die Bemerkung, die Regierung werde wohl immer der „Abklatsch“ der jeweiligen politischen Strömung im Lande sein, einen Ordnungsruf zuzog, benutzte der Finanzminister die Gelegenheit, hinzuweisen auf den Gegensatz, in den er sich bezüglich der Vermögenssteuer mit der Mehrheit der Kammer gesetzt habe, und zu betonen, die Regierung werde stets den Muth haben, nach ihrer Ueberzeugung zu handeln. Die Kammermehrheit ihrerseits beharrte, weil sie glaubt, dadurch auf die Fortführung der Steuerreform mehr Einfluß zu behalten, auf ihrem Beschluß, die Gültigkeitsdauer der Einkommensteuer angepaßten Ertragssteuergesetze auf sechs Jahre zu befristen, obwohl der Finanzminister diesen Termin für unmöglich, unnöthig und unwirksam erblickt hatte. Also auch in dieser Zukunftsfrage dieselbe Ungewißheit wie in den Fragen der Gegenwart.

Kriegslehren.

Die „Süddeutsche Reichskorrespondenz“ schreibt: Der hohe Werth des Besizes einer genügenden Anzahl von Linien Schiffen findet durch den Verlauf des spanisch-amerikanischen Krieges seine vollste Bestätigung. Es hat sich gezeigt, daß die Spanier mit ihren vier hochmodernen Panzerkreuzern des Admirals Cervera nichts von Belang gegen die amerikanischen Linien Schiffe unternehmen konnten, daß ausschlaggebend für alle maritimen Unternehmungen nur die amerikanischen Linien Schiffe waren. Eine glänzendere Rechtfertigung konnte dem deutschen Flottengesetz nicht zu Theil werden, und die Kriegsergebnisse zeigen, wie richtig es war, das Hauptgewicht des Flottengesetzes auf Schaffung der Schlachtflotte zu legen. Die beträchtliche Anzahl spanischer großer und kleiner Kreuzer in den cubanischen Gewässern war macht- und kraftlos, weil ihr das Rückgrat einer Kernflotte von Linien Schiffen fehlte. Die spanische Seemacht auf Cuba bestand aus Vorpostenmaterial ohne Gros und mußte deshalb über kurz oder lang zwecklos zu Grunde gehen.

Der kombinierte Land- und Seangriff auf Santiago de Cuba muß auch dem kurzichtigen Philistertum die Augen öffnen, daß das „Landungsgespenst“ kein Gespenst mehr ist, sondern greifbare Wirklichkeit geworden ist.

Die Spanier haben noch über 100 000 Mann regulärer Truppen auf Cuba und dennoch ist es dem General Schafter gelungen, in der Nähe von Santiago, unter dem Schutze der Flotte 17 000 Mann in kurzer Zeit zu landen. Es war dies nur möglich, weil die amerikanische Flotte die See beherrschte. Admiral Bonet-Willanuz beherrschte 1870 die deutschen Gewässer thatsächlich, mußte aber zu unserem Glück von einer Landung Abstand nehmen, weil die ihm zugesicherten 40 000 Mann Landungstruppen nicht ankamen. Zur Abwehr der erwarteten Landung mußte 1870, zu Anfang des Krieges, 78 000 Mann Linie und Landwehr zurückgelassen werden. Seitdem haben sich durch das riesenhafte Anwachsen der enormen Ozeandampfer die Transportmittel ungemein vermehrt, so daß weit größere Truppenmassen, als 1870 von Frankreich beabsichtigt war, befördert werden können.

Das Alpha und Omega der Küstenverteidigung sind Linien Schiffe. Die Landung bei Santiago ist ein schlagender Beweis dafür, daß eine wirksame Küstenverteidigung nur in der Beherrschung der See und in der Möglichkeit besteht, den Feind von den eigenen Küsten fernzuhalten. Küstenbefestigungen und Sperren aber können den Feind wohl kurze Zeit aufhalten, aber nicht dauernd am Erfolg verhindern.

Finanzielle Rundschau.

Frankfurt, 7. Juli.

Von der traditionellen Eigenschaft des Monats Juli, daß er als der stärkste Couponstermin eine Befruchtung des Anlage-marktes und eine Belebung des Geschäftes mit sich bringt, ist bis jetzt nur wenig zu bemerken. Das Geschäft ist so still, daß selbst die vorausgegangenen Wochen der Unbilligkeit und Stagnation sich von dem jetzigen Geträbe des Verkehrs ganz wesentlich unterscheiden, und es muß leider gesagt werden, daß unsere deutschen Staatspapiere ein Schwäche entwickeln, für

die die Selbstvertheuerung der vergangenen Monate auch nicht entfernt als Erklärung hinzureichen vermag. Seit der Konversion der 4proz. deutschen Staatsanleihen haben sich eben unsere kleineren und mittleren Kapitalisten der Anlage in diesen Werthen entfremdet. Auch ist durch die erhöhten Lebensbedürfnisse, die Steuer zc. jetzt die Wiederanlagekraft nicht mehr in dem früheren Maße vorhanden. Mit den 3 1/2proz. Staatsanleihen und Pfandbriefen, die in den letzten Monaten zur Ausgabe gelangten, haben die Emissionshäuser zweifellos schlechte Erfahrungen gemacht, und bei neuem Kapitalbedarf der verschiedenen deutschen Städte werden diese nicht mehr so umworben werden, wie es eine Reihe von Jahren hindurch der Fall war. Man wird wohl oder übel höhere Verzinsung zugestehen müssen. Die jüngst zur Emission gelangte 3proz. Sächsisch-Meente war zu 33 angeboten und ist anscheinend nur recht mäßig gegangen; der erste Vorverkauf stellte sich auf 92.96. Die Thatsache, daß ein deutscher Staat von so günstigen Verhältnissen wie Bremen für eine 3 1/2proz. Anleihe nicht mehr als 97 1/2 Proz. löst, ist ja wohl auch ein Beweis dafür, daß man in der Bewertung der Staatspapiere mit anderen Verhältnissen rechnen muß. Die Schwächung der deutschen Fonds ist übrigens theilweise auch eine Folge des Umstandes, daß aus den Kreisen der Befürworter größere Verkäufe darin vorgenommen wurden, deren Erlös dazu verwendet wird, die früher bereits erworbenen und von den Banken bevorzugten Industriepapiere zu bezahlen, wohl auch neue Käufe in derartigen Werthen vorzunehmen; denn das Interesse für die Industrie und das Urtheil über deren Aussichten bleiben unverändert, wenn auch bei einzelnen hierher gehörenden Werthen aus mehr zufälligen Ursachen Preisrückgänge gegen ihren höchsten Stand verzeichnet werden müßten. So haben wir denn in einer Zeit, in der sonst die deutschen Staatsanleihen lebhaft begehrt zu sein pflegten, eine Abschwächung derselben zu verzeichnen, und an Stelle der üblichen Käufe des Publikums eher Angebot von dieser Seite.

Auch in ausländischen Staatspapieren ist das Geschäft nicht lebhaft, da nur wenige die Thätigkeit in stärkerem Grade zu reizen vermögen. Unter diesen sind die russischen Werthe hervorzuheben, für die rege Kauflust besteht, und von denen auch die neu zur Emission gelangten 3proz. Moskauer Wondau-Rubinsk-Obligations sich guten Anflangs zu erfreuen hatten. Ferner sind die 6proz. Goldmexikaner als die noch immer best rentirenden unter allen ausländischen Staatspapieren Gegenstand guter Kauflust und haben weitere Beförderung erzielen können. Auch mexikanische Silberobligationen sind in regerem Verkehr; die 3proz. stehen 24.50, die 5proz. die nicht offiziell gehandelt werden, 36.30. Rechnungsmäßig würden die 5proz. einen höheren Preis verdienen, und sie gelten auch für denjenigen, der überhaupt Anlagen in Silberwerthen machen will, als vorzuziehen. Für türkische Werthe ist gute Strömung vorhanden. Die Deutsche Bank und die Banque Ottomane bereiten offenbar neue türkische Staatsgeschäfte vor, und es mag bei der Gelegenheit auch erwähnt sein, daß die Aktien der Banque Ottomane wieder in wesentlich größeren Beträgen in süddeutschen Kapitalbesitz übergegangen sind als bisher. Das Hauptinteresse unter den ausländischen Staatspapieren nahmen die italienischen in Anspruch, in denen sich ganz bedeutendes Geschäft vollzog und in denen täglich für Rechnung des Heimatlandes umfangreiche Käufe vorgenommen wurden. Das Rückströmen des Materials wird übrigens von den deutschen Provinzialbankiers eher unterstützt, da die vielen Formalitäten, die mit der Einlösung der Coupons der italienischen Werthe verbunden sind, gar lästig empfunden werden.

Spanier sind wieder matt. Es läßt sich nun wohl kaum mehr daran zweifeln, daß die Amerikaner endlich entscheidenden Erfolg errungen haben, und man glaubt, daß der Waffenehre und dem Nationalstolz Genüge gethan, und daß dem Blutvergießen jetzt bald ein Ende gemacht werden sollte. Vorläufig aber wollen die Spanier von irgend welchem Nachgeben nichts hören.

Was sonst auf dem Gebiete der Politik sich ereignet, blies ohne tiefer gehenden Einbruch.

Auf dem Bergwerksaktienmarkt ist vielfach die Rede von Preisrückgängen sowohl für Eisen als für Kohle, doch scheint man in maßgebenden Kreisen der Durchführung solcher Bestrebungen nicht geneigt, weil man durch die Festsetzung höherer Preise die ohnehin vorhandene Begehrlichkeit der Arbeiter nach höheren Löhnen nicht noch mehr antizipieren will. Es verlaute übrigens, daß in den fiskalischen Gruben von Oberschlesien und bei der Laurahütte ein Ausstand der Kohlenarbeiter in Aussicht sei, und damit mag die Abschwächung, die sich in den letzten Tagen vollzog, auch zusammenhängen. Boshumer, bezüglich deren sachlich das Urtheil günstig bleibt, sind auf Realisationen zurückgegangen.

Was die sonstigen Industriepapiere anbetrifft, so ist für Elektrizitätsaktien weiter rege Nachfrage zu verzeichnen und die hierher gehörenden Werthe werden täglich in ansehnlichen Beträgen gehandelt. Besonders Interesse gab sich für die Aktien der Elektrizitätsgesellschaft für Licht- und Kraftanlagen, sowie die der Bank für elektrische Industrie kund, die aufwärts gerichtete Bewegung einschlagen konnten. Auch Schudert Aktien 1 1/2 Proz. höher. Ferner gewonnen Chemische Fabrik Mannheim 5 Proz., Chemische Werke Albert 2 Proz., Bielefelder Maschinenfabrik 8 Proz., und Zellstoffverein Dresden 2 Proz. Dagegen sind Vederwerke Spicharz wieder 7 Proz. matter. Eine interessante Umwandlung vollzog sich dieser Tage durch die Errichtung der Asbestwerke Aktiengesellschaft vormals Wertheim, hier, interessant deshalb, weil bei diesem Unternehmen mit einem Kapital von 1 200 000 M. verschiedene hervorragende industrielle Unternehmungen aus ganz getrennten Lagern vertreten sind. Der Vorsitzende des Aufsichtsraths gehört der Direktion der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, der Präsident derjenigen der Höchster Farbwerke an. Außerdem wirken bei dem Unternehmen die Deutsche Bank, die Oberrheinische Bank und das Bankhaus L. Behrens & Söhne in Hamburg, sowie eine Hamburger Aktiengesellschaft aus der Branche mit.

Auf dem Bankmarkt ist wenig Bemerkenswerthes zu berichten. Die Preise stellten sich meist etwas niedriger, Bahnen

im allgemeinen still und schlief. Schweizerische verhältnismäßig gut behauptet, italienische gefragt. Mexikanische nach mehrfachen Schwankungen etwas nachgebend.

Privatdiscont: 3/8 Proz.
Nachstehend unsere gewohnte Tabelle:

	30. Juni.	7. Juli.
3 1/2% Deutsche Reichsanleihe	102.70	102.75
3% " "	95.75	95.35
3 1/2% Preussische Konfols	102.85	102.90
3% " "	96.25	96.30
abg. 3 1/2% Badische Obl. b. 1886	100.35	100.55
3 1/2% " " b. 1892 und 1894	101.35	100.75
Ungarische Goldrente	102.80	102.70
Ungarische Kronrente	99.45	99.70
5% Italienische Rente	91.80	92.70
6% Mexikaner	97.20	97.65
Oesterreichische Kreditaktien	304 1/2	304 1/2
Diskonto-Kommanditantente	199.40	198.90
Staatsbahn	310 1/2	308 1/2
Lombarden	69 1/2	69 1/2
Gottard	140.70	138.80
Nordost	100.50	99.00
Saura	207.00	198.50
Buchumer	230.50	223.20
Wesentirchen	188.80	188.35
Sarpener	184.30	178.60
Badische Anilin	449.00	448.00
Fürtenlofe	35.35	35.80

Erzeugung, Verbrauch und Besteuerung des Branntweins im Großherzogthum Baden während des Betriebsjahres 1896/97.

II. (Schluß.)
Die Besteuerung des Branntweins anlangend, so sind zur Erhebung gekommen:

1. An Rohstoffsteuern, und zwar
a. an Maischbottichsteuer 72 215 M.,
b. an Materialsteuer 27 180 Mark, zusammen 99 395 M.
Dagegen sind an Rückvergütung von Maischbottich- und Materialsteuer geleistet worden zusammen 134 710 M., so daß 35 315 M. mehr rückvergütet als erhoben worden sind. Es erklärt sich dies durch erhebliche Bezüge von mit Maischbottichsteuer belastetem Branntwein aus anderen deutschen Bundesstaaten, für den in Baden, weil zu steuerfreien gewerblichen z. Zwecken verwendet, die Maischbottichsteuer, die gleich nach der Erzeugung des Branntweins errichtet werden muß, rückzuvergütet war.
2. An Verbrauchsabgabe wurden erhoben
a. zum Satz von 50 Pfg. für ein Liter reinen Alkohols 310 091 M.,
b. zum Satz von 70 Pfg. 1 800 128 Mark, zusammen 2 110 219 M.,

wobei zu berücksichtigen ist, daß unter b. auch diejenigen Alkoholmengen enthalten sind, die unter Anrechnung auf das Kontingent und gleichzeitiger Ertheilung von Branntweinsteuerberechtigungsscheinen über den Unterschied zwischen den beiden Steuerfögen abgefertigt worden sind.

Von dem im ganzen erzeugten 54 578 hl reinen Alkohols sind zum niedrigeren Verbrauchsabgabesatz von 50 Pfg. für das Liter oder zum höheren Satz von 70 Pfg. unter gleichzeitiger Ertheilung von Branntweinsteuerberechtigungsscheinen über 20 Pfg. für das Liter, also unter Anrechnung auf das badische Gesamtkontingent abgefertigt worden 46 340 hl, und zwar 42 154 hl zu Lasten der den Brennereien zugewiesenen Einzelkontingente und 4 186 hl bei kleinen landwirtschaftlichen und Materialbrennereien, die nicht mehr als 10 hl reinen Alkohols im Betriebsjahr herstellen und deshalb ihr Gesamtzerzeugniß zum niedrigeren Verbrauchsabgabesatz versteuern dürfen.

Die Rückvergütung an Verbrauchsabgabe für ausgeführte Branntweinfabrikate hat betragen 14 145 M., ferner sind an Berechtigungsscheinen auf schuldige Branntweinsteuer in Anrechnung gekommen 323 140 M. Beide Beträge mit zusammen 337 285 M., von der erhobenen Verbrauchsabgabe abgerechnet, gibt einen Nettoertrag derselben von 1 772 934 M.

3. An Zuschlag zur Verbrauchsabgabe — dem an Stelle der Rohstoffsteuer bei landwirtschaftlichen und Materialbrennereien nach der Wahl des Steuerpflichtigen und bei gewerblichen Brennereien zwangsweise neben die Verbrauchsabgabe tretenden Steuertheil — wurden erhoben 69 120 M. Eine Rückvergütung des Zuschlags tritt in keinem Falle ein.

4. An Brennsteuer wurden erhoben 211 490 M., und zwar 211 147 M. an allgemeiner Brennsteuer von allen Brennereien, die in dem Betriebsjahr mehr als 300 hl reinen Alkohols hergestellt haben, und 343 M. an besonderer Brennsteuer für den Sommerbetrieb in landwirtschaftlichen Brennereien. Die Rückvergütung an Brennsteuer, die zu ihrem weit überwiegenden Theile für die Gistbereitung verwendeten Branntwein geleistet worden ist, hat betragen 34 088 Mark, so daß die Brennsteuer noch einen Ueberschuß von 177 402 Mark aufweist.

Der Nettoertrag der sämtlichen Branntweinsteuern beläuft sich hiernach auf — 35 315 M. (Rohstoffsteuern) + 1 772 934 M. (Verbrauchsabgabe) + 69 120 M. (Zuschlag zur Verbrauchsabgabe) + 177 402 M. (Brennsteuer) = 1 984 141 M., wozu noch 2 M. an Uebergangsabgabe für Branntwein aus Luxemburg treten, so daß sich eine Gesamtsumme an Branntweinsteuer von 1 984 143 M. ergibt.

Dem Handel und der weiteren Verarbeitung (Reinigung) von unversehrtem, d. h. solchem Branntwein, für den gegebenen Falles nur die Rohstoff- und Brennsteuer, nicht aber auch die Verbrauchsabgabe und der Zuschlag hierzu entrichtet sind, haben 20 Privattheilungslager, 21 sonstige Privatlager unter amtlichem Mitverschuß und 2 Branntweinreinigungsanstalten gebietet. Zu Beginn des Betriebsjahres waren registriert in denselben vorhanden 8 077 hl reinen Alkohols; während des Betriebsjahres sind eingelagert worden 134 346 hl und ausgelagert 134 077 hl, so daß sich am Schlusse des Betriebsjahres ein registrierter Bestand von 8 346 hl ergeben hat. An Fehlmengen sind steuerfrei abgeschrieben worden 1 238 hl reinen Alkohols.

In den badischen Zollauschlußgebieten, die auch von der deutschen Branntweinsteuergemeinschaft ausgeschlossen sind, werden die Branntweinsteuern nach den gleichen Vorschriften und Steuerfögen für private badische Rechnung erhoben. Das gesammte Steuererträgniß hat sich hier im Betriebsjahr 1896/97 auf 2 430 M. belaufen.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 8. Juli.
(Bürgerausschussung.) Nächsten Donnerstag den 14. d. M., Nachmittags 3 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung des Bürgerausschusses im großen Rathhaussaal statt. Die Tagesordnung umfaßt folgende Besprechungsgegenstände: 1. Bewilligung von 4 000 M. zur Erhebung eines Sachverständigengutachtens über die Bahnhoffrage. 2. Regelung der Ruhegehalts- und Versorgungsgehaltsberechtigung des Stadt-

schulraths und einiger städtischen Beamten. 3. Herstellung der Säbendstraße zwischen Kirch- und Böckstraße und Erweiterung von Gelände für letztere Straße. 4. Anschaffung einer neuen Dampfstraßenwalze. 5. Errichtung einer Turnhalle bei dem auf dem ehemaligen Schützenplatze zu erbauenden Schulhause. 6. Architektonische Ausgestaltung des Kamins für die Dampfesselfeuerung des städtischen Bierordts-Bades. 7. Verständigung der städtischen Rechnungen vom Jahr 1897.

(Die Museums-gesellschaft) veranstaltet bei günstiger Witterung am Montag den 11. Juli ein Gartenfest im Museums-garten, mit einem Konzert der Kapelle des Leib-Grenadier-Regiments. Beginn des Konzertes 1/8 Uhr. Bei eintretender Dunkelheit: Illumination und Feuerwerk.

(Stadtgarten-theater.) „Der Viberpelz“, eine Diebskomödie in vier Akten von Gerhart Hauptmann, gelangt nunmehr morgen, Samstag, erstmalig zur Aufführung. Gerhart Hauptmann ist in Karlsruhe kein Fremder, seine „Verluntene Glode“ und sein „Kollege Crampton“ sind hier wiederholt aufgeführt worden und erfreuten sich des allseitigen Interesses. „Der Viberpelz“ gehört dem ständigen Repertoir des Deutschen Theaters in Berlin an und erzielte in Berlin wie überall, wo er bisher aufgeführt wurde, durchschlagenden Erfolg. Die Komödie ist unter Leitung des Herrn Direktor Beebe auf das Sorgfältigste einstudirt, bei nachstehender Besetzung der Rollen: von Behgan, Amtsvorsteher: Herr Martin; Krüger, Rentier: Herr Müller; Doktor Fleischer: Herr Gorge; Motes: Herr Born; Frau Motes: Fräulein Schiller; Frau Wolff, Wäscherin: Frau Direktor Beebe; Julius Wolff: Herr Treptom; Adelheid: Fräulein Wittekop; Leontine: Fräulein Maer; Wulfow, Schiffer: Herr Schönan; Glanapp, Antreiber: Herr Herrmann; Mitteldorf, Antreiber: Herr Wauer. Ort der Handlung: Umgegend von Berlin; Zeit: Die Gegenwart.

(Schwurgericht vom 7. Juli.) Das Schwurgericht hatte sich heute unter dem Vorsitze des Landgerichtsdirektors Dürr wiederum mit einer Anklage wegen Todschlages zu befassen. Auch in diesem Falle war der Angeklagte ein Italiener; es war der im Jahre 1870 in Colognola geborene Maurer Eugenio Visentini, der nach der Anklage in der Nacht vom 15. auf 16. Mai vor dem Hause Durlacherstraße 63 dahier ohne eine ernste Veranlassung den Dienstmacht Josef Wegel aus Hagenbach durch einen Messerstich in den Hals getödtet hat. Auch in dieser, wie in beiden anderen wegen Todschlages erhobenen Anklagen verneint die Geschworenen die Schuldfrage wegen Todschlages, bejahen aber ohne Zulassung mildernder Umstände die Schuldfrage wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode. Visentini wurde daraufhin zu fünf Jahren Gefängniß verurtheilt.

In geheimer Sitzung gelangte heute Nachmittag die Anklage gegen die 24 Jahre alte Modistin Luise Krug aus Frankfurt wegen Kindes tödtung zur Verhandlung. Den Vorsitz in dieser Sache führte wiederum Landgerichtsdirektor Dürr. Vertreter der Groß- Staatsanwaltschaft war Erster Staatsanwalt von D. D. Vertbeiligt wurde die Angeklagte durch den Rechtsanwalt G. W. Mann. Die Geschworenen bejahen die Schuldfrage und die Frage nach mildernden Umständen. Das hierauf gegen die Angeklagte erlassene Urtheil lautete auf zwei Jahre sechs Monate Gefängniß.

V Heibelberg, 7. Juli. Die badischen und hessischen Ortsgruppen des Deutsch-nationalen Handelsgewerksverbandes treten zur Gründung eines Gaues nächsten Sonntag hier zu einer Beratung zusammen. Wahrscheinlich werden auch die württembergischen Ortsgruppen an der Beratung sich betheiligen. — Die freiwillige Sanitätskolonne des hiesigen Männerhilfsvereins beginnt übermorgen wiederum einen vierwöchentlichen Uebungskurs im Krantentragen.

4 Heibelberg, 7. Juli. Der hiesige Verein Frauenbildung hielt gestern im großen Saale des chemischen Instituts unter der gewandten Leitung seiner Vorstehenden, der Frau Professor Weber, einen gutbesuchten Diskussionsabend ab. Man sprach über die Frage der gymnasialen Bildung der Mädchen. Als Referentin fungirte Frau Gräfin Wartenstein. Diefelbe zerlegte logisch diese Frage in einer Anzahl von Unterfragen. Ihre Meinung ist, daß aus subjektiven und allgemeinen Gründen den Mädchen die Gymnasialbildung zugänglich zu machen ist und daß hierfür — da ein Zusammenunterricht von Knaben und Mädchen bei uns nicht zu erreichen sein wird — weibliche Volksschulen zu errichten sind. Die abgefügten Gymnasialkurse für solche, die nicht ein Gymnasium besuchen können, müßten fortbestehen.

* Baden, 7. Juli. Der zu Anfang dieses Jahres in's Leben getretene Baden-Badener Verein „Frauenbildung“ hat sich laut „Bad. Tagbl.“ in der Generalversammlung des Vereins „Frauenbildung“ zu Frankfurt a. M. unter für ihn günstigen Bedingungen dem Verein Frauenbildung-Frauenstudium als „Abtheilung Baden-Baden des Vereins Frauenbildung-Frauenstudium“ angeschlossen und tritt mit dem Hauptverein in den Bund der deutschen Frauenvereine ein. Die Abtheilung Baden-Baden besitzt bereits 40 Mitglieder. Ihr Hauptaugenmerk richtet sich vorerst auf Erleichterung des Studiums für die weibliche Jugend. In der am letzten Donnerstag abgehaltenen ersten ordentlichen Versammlung, die sehr gut besucht war, konnten schon erfreuliche Resultate der Thätigkeit des Vereins konstatiert werden.

Badischer Landtag.

110. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Freitag, den 8. Juli 1898.

(Vorläufiger Bericht.)

Der Nachtrag zum Spezialbudget des Groß. Ministeriums des Innern für 1898/99 — Titel XVII — Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus, § 21a der Ausgabe und § 4 der Einnahme für Neupflasterung der Hauptstraße in Heidelberg wird genehmigt. Die Bitte des Verwaltungsraths von Hapbach, Amts Schönan, um staatliche Beihilfe zur Befreiung der Gemeindebedürfnisse wird der Regierung empfehlend zur Kenntnignahme überwiefen.

Die Petitionen mehrerer Kanzleidiener, die Anrechnung von wandelbarem Dienstlohn auf den Gehalt der Kanzleidiener betreffend, und der Rathschreiber im Großherzogthum Baden um Ausdehnung des Gemeinbedienstetensfürsorgegesetzes in den §§ 2 bis 4, sowie um Fürsorge für von der Wohlthat des Gesetzes ausgeschlossene Gemeinbediensteten werden der Regierung als Material für die künftige Gesetzgebung überwiefen. Ebenso die Bitte der geschäftsführenden Kommission des Städtetages der mittleren Städte Badens um Abänderung des Fürsorgegesetzes für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte.

Die Petition der Stadträthe der der Städteordnung unterstehenden Städte, die Berechtigungen der Oberrealschulen, beziehungsweise die Einführung des wahlfreien lateinischen respektive griechischen Unterrichts an allen Real-

mittelschulen, sowie die Abänderung der Verordnungen vom 3. April 1884 und 27. März 1895 betreffend, wird der Regierung empfehlend zur Kenntnignahme überwiefen.

Die Gegenvorstellung der technischen Staatsbeamten wird durch diesen Bericht für erledigt erklärt.

Zur Laufe der Debatte ergriffen das Wort: der Abgg. Weber, Dr. Wisdens, Land, Birkenmayer, Fieser, Benedey, Hug, Dr. Reichardt, Straub, Leimbach, Knopf, Heimbürger, Köhler, Klein, Deltke, Armbruster, sowie Staatsminister Dr. Koff, Ministerialdirektor Geh. Rath Dr. Schentel und Geh. Oberfinanzrath Göller. Schluß der Sitzung 2 1/2 Uhr.

* Karlsruhe, 7. Juli. 111. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 9. Juli 1898, Vormittags 9 Uhr:

1. Anzeige neuer Eingaben.
2. Beratung des Berichts der Budgetkommission über den Gesetzentwurf, Änderungen des Budgets über den Elementarunterricht betreffend, sowie über die Petition des Badischen Lehrervereins, die Regelung der Gehaltsverhältnisse der Volksschullehrer betreffend. Berichterstatter: Abg. Straub.
3. Beratung des Berichts der Petitionskommission über die Petition einer Anzahl Landwirthe des Großherzogthums um Befreiung der in Baden bediensteten Pächter aus Tyrol und Vorarlberg vom Besuch der Volksschule. Berichterstatter: Abg. Werr.

Die Interpellation in der Dreyfus-Angelegenheit.

* Paris, 7. Juli. Deputirtenkammer. Das Haus ist überfüllt, die Diplomatenloge dicht besetzt. Präsident Deschanel wendet sich im Namen des Hauses vor Eintritt in die Tagesordnung in bewegten Worten an die Familien Frankreichs und des Auslandes, die von dem Unglück der „Bourgoigne“ betroffen sind, und soll den französischen Offizieren, die so heldenmüthig ihre Pflicht erfüllt haben, den Ausdruck der Bewunderung. Ministerpräsident Brißon schließt sich unter dem Beifall des Hauses diesen Worten des Kammerpräsidenten an.

Der Deputirte G. A. L. entwickelt seine Interpellation, indem er eingangs betont, daß er durch seine politischen noch professionellen Gründe zu seinem Vorgehen bestimmt werde, sondern lediglich durch höhere Interessen des Vaterlandes. Diese Interpellation, ruft er, muß die letzte sein über die Dreyfus-Angelegenheit. Frankreich will, daß endlich mit dieser Sache aufgeräumt werde. Die Regierung muß daher eine Erklärung abgeben, die alle Patrioten beruhigt. Das Land weiß nicht mehr, was es denken soll, wenn es sieht, wie gewisse Personen sich über das Gesetz erheben dürfen. Der Redner erinnert daran, daß Niemand wegen der Korruptionsversuche des Jahres 1896, noch wegen der Entwendung von Akten aus dem Kriegsministerium, noch wegen zahlreicher anderer Indiscretionen gerichtlich belangt worden ist. Sagt er vor dem Schwurgericht seine Schrittsätze vorgelesen worden, die kein Mensch außer den Leitern der Armee kennen durfte. Die Urhebe seien ebenfalls unbehelligt geblieben. Ja man hat sogar Jola das Kreuz der Ehrenlegion gelassen! (Beifall auf verschiedenen Bänken.) Die französische Armee und Frankreich bilden ein untrennbares Ganzes, wenn man zuläßt, daß ihre Chefs erbeimtet werden, wie kann man dann verlangen, daß die Soldaten zu ihnen Vertrauen haben! Man hat selbst erlebt, daß Beamte einen Einpruch gegen eine Tagesordnung der Kammer betreffend die Verhandlung über die Verleumdung der Armee unterzeichneten. Auch sie sind unbestraft geblieben. Er, der Redner, habe schon 1896 von dem Dreyfus-Schandalet gesprochen, damals ist ihm bestritten worden, daß es eine solche Gesellschaft gebe. Das läßt sich heute nicht mehr läugnen. Herr Méline selbst erklärte vor einigen Monaten, daß man es mit einem realexten Feldzug gegen die Armeedilettanten zu thun habe. (Beifall.) Und im Januar 1898 sagte Méline, daß in den Blättern und auf den Straßen zur Revolution und zur Disziplinlosigkeit aufgereizt werde. Es gibt in unseren Gesetzen einen Artikel, der solche Handlungen bestraft. Méline: Sie thäten gut, diesen Artikel zu nennen! Es ist unmöglich, daß eine solche Bestimmung nicht vorhanden ist. 1895 veröffentlichten die Zeitungen Mittheilungen über ein Geheimniß Dreyfus'. Die „Vire Parole“ mußte zu melden, Dreyfus habe gesagt: „Wenn ich Schriftstücke ausgeliefert habe, so thut ich das, um wichtigere zu erhalten.“ Der Redner schließt, darüber müßte Klarheit geschaffen werden. Das Land habe es mit Genugthuung begrüßt, daß Cavaignac das Kriegsministerium übernommen habe, und er warte mit Zuversicht die Erklärung der Regierung. Frankreich habe sich bei den letzten Wahlen ungewogen für die Notwendigkeit einer Beendigung des Kampfes gegen die Armee ausgesprochen, und wenn die Regierung nicht genügend gewaffnet sei, um die Angreifer zurückzuschlagen, so möge sie von der Kammer die Waffen fordern, sie werde sie ihr geben. (Beifall.)

Unter großer Spannung betritt der Kriegsminister Cavaignac die Rednerbühne. Cavaignac sagt unter lautloser Stille: Die erste Sorge dieser Regierung war, darauf zu sinnen, mit welchen Mitteln der Agitation im Lande ein Ende gesetzt werden könnte. Es hätte vielleicht hingereicht, wenn die Regierung zur Achtung vor der res judicata aufgefordert und diese Achtung mit nachdrücklichen Mitteln erzwingen hätte. Die Regierung erachtet es jedoch für ihre Pflicht, der Kammer und dem Lande alles mitzutheilen, was zur Offenbarung der Wahrheit beitragen kann. Wie liegt die Frage gegenwärtig? Die Mitglieder des 1. Kriegsgerichts haben nach bestem Gewissen und ohne Leidenschaft geurtheilt. Dann wurde der Versuch gemacht, einen anderen Offizier für Dreyfus unterzuschreiben, einen Offizier (Esterhazy), der schon morgen die Disziplinarstrafen erhalten wird, die er verdient hat. Die Richter des 2. Kriegsgerichts haben nach ihrem Gewissen dahin geurtheilt, daß man ihnen den Beweis für die Schuld Esterhazy's nicht erbracht habe. Die Schuld Esterhazy's hätte übrigens keineswegs die Unschuld Dreyfus' bewiesen. (Sehr gut!) Wenn nun im Lande eine Minderheit von Bürgern, die guten Glaubens sind, sich gegen dieses Erkenntniß erhebt, so ist es Pflicht der Regierung, alles zu thun, um sie zu belehren. Dieses Mißverständnis, das schon so weite Kreise gezogen hat, muß aufhören! Ich weiß, daß die Kammer Maßregeln zum Schutze der Armee gegen deren Verleumdung gutheißen würde, aber die Armee verlangt solche Maßregeln nicht, sie hat eine zu große Achtung vor der Herrschaft der Civilgewalt. Die Armee braucht nicht hinter Geseßen für die öffentliche Wohlfahrt Deckung zu suchen. Die Regierung wird daher keinerlei Beeinflussung zugänglich sein und weichen: sie hat die unumstößliche Sicherheit, daß Dreyfus schuldig ist. (Lang anhaltender lebhafter Beifall auf allen Bänken.) Wenn sie diese Sicherheit nicht hätte, so könnte kein Grund der öffentlichen Wohlfahrt sie bestimmen, einen Unschuldigen im Name der Strafe zu lassen. (Méline: General Billot sagte schon dasselbe!) Wenn er, der Minister, aber die Verantwortung für diese Erklärung der Regierung übernehme, so habe er auch die Pflicht, der Kammer die Gründe mitzutheilen, die diese Ueberzeugung gezeitigt hätten. Niemand könne Frankreich hindern, seine Geseäfte so zu führen, wie es ihm gefalle, und in diesem Falle könne er um so freier reden, als keine fremde Regierung in die Angelegenheit ver-

weist sei. Zweierlei Arten von Thatfachen habe die Regierung anzuführen. Während sechs Jahren habe der Erkundigungsdienst über tausend Schriftstücke gesammelt, die theils mit richtigen, theils mit ungenügenden Namen unterzeichnet seien, und es bestehe kein Zweifel über deren Echtheit und die Persönlichkeiten der Verfasser. Drei dieser Schriftstücke verdienten besondere Aufmerksamkeit: Das erste ist vom März 1894 datirt, es lautet: „D. hat mir viele interessante Sachen überbracht“. Das zweite Schreiben ist vom 16. April 1896 und enthält die Worte: „Begegneten sich 12 mit von (folgt Name eines besetzten Platzes) gefandte Pläne von (Name eines besetzten Platzes), die mir „cette Canaille de D“ für Sie gegeben hat“. Es handelt sich hier, fährt Cavaignac fort, wirklich um Dreyfus, denn im dritten Schriftstück ist sein Name ausgesprochen. Es lautet: Ich werde, wenn über den Fall Dreyfus eine Anfrage eingebracht wird, erklären, zu Dreyfus nie Beziehungen unterhalten zu haben. Ihnen Sie mein Beispiel nach!“ Die Schuld des Hauptmanns Dreyfus ist noch durch ein anderes Schriftstück erwiesen, das ich indes hier von der Tribüne nicht verlesen werde. Doch ist dies nicht alles, denn Dreyfus hat auch selbst Geständnisse abgelegt. Am Vormittage seiner Degradation war Dreyfus in einem Zimmer mit einigen Offizieren zusammen, die das Geständniß dieses Verbrechens von ihm entgegengenommen haben. Vor dem Kriegsminister hat dann der Hauptmann Lebrun-Renaud erklärt, was er gebürt hatte, er hatte die Worte von Dreyfus auf ein Blatt, das er aus seinem Taschenbuch gerissen, niedergeschrieben, und General Gonse schrieb an den Generalstabchef de Boisdeffre folgenden Brief: „Mein General! Ich habe selbst den Hauptmann Lebrun-Renaud zum Kriegsminister begleitet, vor dem er die lange Rede von Dreyfus widerholt hat. Die Hauptstellen waren folgende: „Eigentlich hat man keine Originalschriftstücke geliefert, sondern nur Abschriften. Der Kriegsminister weiß, daß ich unschuldig bin. Er hat es mir selbst durch den Major Du Paty de Clam jagen lassen. Er weiß, daß wenn ich Schriftstücke ausgeliefert habe, sie ohne Wichtigkeit sind, und daß es nur geschah, um andere dafür zu erhalten.“ Diese Geständnisse sind auch vom Hauptmann Mittel angeführt worden. Auch die Kameraden Lebrun-Renaud's bestätigen die Richtigkeit. Cavaignac verliest darüber eine Beseheingung und fährt dann fort: Man hat die Geständnisse von Dreyfus in Abrede gestellt. Aber welchen Grund konnte jemand haben, zu sagen, er habe Schriftstücke ausgeliefert, wenn er es gar nicht gethan hat. Am Tage der Degradation schrieb Lebrun-Renaud in sein Tagebuch: „Degradation des Hauptmanns Dreyfus. Er hat mir erklärt: Der Kriegsminister weiß, daß ich unschuldig bin, und daß, wenn ich Schriftstücke an's Ausland ausgeliefert habe, diese werthlos waren und es nur geschah, um mir dafür wichtigere zu verschaffen (pour en obtenir de plus importants).“ Dies ist das dritte Beseheingung, fährt der Minister fort, nicht der Bericht Lebrun-Renaud's, den ich nicht geben will, da er nicht zur selben Zeit abgefaßt worden ist. Cavaignac schließt dann unter lebhaftem Beifall des Hauses seine Rede mit den Worten: „Alle Franzosen werden heute einig sein in der Erklärung, daß die Armee, die Frankreichs Stolz und Kraft ist, das volle Vertrauen des Landes ebenso genießt wie die Justiz.“

Es wird darauf beantragt, die Rede des Kriegsministers durch Maueranschlag bekannt zu geben und mit 512 gegen 2 Stimmen wird der Maueranschlag der Rede des Kriegsministers beschlossen. Hierauf zieht Castelin seine Interpellation zurück. Der Vorsitzende erklärt die Debatte für geschlossen. Das Haus geht zur Tagesordnung über.

Der Untergang der „Bourgogne.“

Paris, 8. Juli. Die Mehrzahl der Blätter erklärt, die Affaire Dreyfus könne dank der energischen Sprache Cavaignac's als erledigt betrachtet werden. Die Blätter „Século“, „Aurore“ und einige andere sprechen dagegen die Ueberzeugung aus, daß die Revision des Prozesses Dreyfus unvermeidlich sei, denn Cavaignac selbst hat in seiner Rede den Beweis geliefert, daß Dreyfus auf Grund geheimer Schriftstücke verurtheilt worden sei.

Paris, 8. Juli. Infolge der Erklärung Cavaignac's in der Kammer wurde vom Militärgouverneur von Paris der Befehl ertheilt, Herzog vor eine Untersuchungskommission zu stellen. — Es heißt, es würde auf Grund des Kammerprotokolls dem Gesuch der Frau Dreyfus an Carrien seine Folge gegeben werden. Man hätte dahin entschieden, Frau Dreyfus mitzutheilen, daß ihr Gesuch in keiner Weise berechtigt sei.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Washington, 8. Juli. Es wurde beschlossen, Santiago nicht sofort anzugreifen, da man der Ansicht ist, daß die Stadt bald fallen werde ohne große Verluste an Menschenleben.

Washington, 8. Juli. Von Tampa sollen vier Batterien schwerer Geschütze nach Santiago geschickt werden.

Washington, 8. Juli. Präsident Mac Kinley will nicht, daß sich der Kongreß vor der Annahme des Gesetzentwurfes, der die Neubildung einer Streitmacht von 25 000 Mann schwarzer Truppen für Cuba vorsieht, vertage. — General Shafter telegraphirt: Es liegen in den Hospitälern viele an Malaria und typhusartig Erkrankte. Von gelbem Fieber ist kein Fall zu verzeichnen.

New-York, 8. Juli. Nach einer Depesche an das „Evening Telegram“ aus Shafter's Hauptquartier soll das Geschicht am 7. Mittags aufgenommen werden.

Die Spitzen beider Heere stehen kaum 200 Yards auseinander.

New-York, 8. Juli. General Mills geht Nachts nach Charleston, wo er sich nach Santiago einschiffet.

London, 8. Juli. Die Ausichten auf die Uebergabe Santiago's nehmen zu. Das Feuer wurde gestern nicht erneuert, obwohl der Waffenstillstand zu Ende geht. An beide Armeen sollen Mittheilungen gelangt sein, wonach sowohl in Washington als auch in Madrid Schritte unternommen werden sollen zur Beendigung der Feindseligkeiten.

Madrid, 8. Juli. Nach einer über London hierher gelangten Depesche machten die Spanier einen Ausfall aus Santiago. Sie durchbrachen die feindliche Linie und tödteten 38 Offiziere, darunter 5 Generale. Der Kolonialminister erklärt, er habe noch keine Nachricht darüber erhalten. Antlich wird bestätigt, daß die Kugel bei Santiago durchschnitten worden sind.

Washington, 8. Juli. Mc Kinley unterzeichnete die Resolution betreffend die Annektirung Hawaii's. Eine Depesche des Admirals Dewey vom 4. d. M. besagt, die amerikanischen Truppen landeten in Cavite. Die kriegerische Thätigkeit der Aufständischen dauert fort. Aguinaldo proklamirt selbst die revolutionäre Republik.

Washington, 8. Juli. Marinesekretär Long telegraphirte an Sampson, er möge sofort ein Geschwader detachiren, womit Commodore Watson angewiesen wird, unverzüglich nach Spanien abzugehen.

Washington, 8. Juli. Der Marinesekretär Long befahl dem zur Zeit bei Mare Island liegenden Kreuzer „Philadelphia“, nach Hawaii abzugehen und die Insel der Union einzuverleihen.

London, 8. Juli. Aus Manila wird vom 30. Juni gemeldet: Die Aufständischen haben 60 Geschütze vor Manila aufgeföhren. General Monat ist nicht, wie gemeldet, gefangen genommen worden, sondern auf einem Kahn aus Macababe mit seiner Frau und der Familie Augustin entkommen.

Suez, 8. Juli. Das spanische Geschwader unter Camara liegt seit gestern Abend fünf Meilen vor Suez vor Anker.

Suez, 8. Juli. Das Geschwader Camara's erwartet das Flaggschiff „Pelago“, welches wegen Ausbesserung an den Maschinen zurückgehalten wurde.

Neuere Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 8. Juli. Laut telegraphischer Meldung an das Oberkommando der Marine ist S. M. Schiff „Hohenzollern“ am 7. d. M. von Odde in See gegangen. Die Feier der Enthüllung des Denkmals für den verunglückten Lieutenant v. Hahnke fand heute Früh bei schönem Wetter statt. Seine Majestät der Kaiser erschien um 7 Uhr an der Stelle, an welcher sich das Denkmal befindet. Zu seinem Empfang hatte die Mannschaft der „Hohenzollern“, des Kadettenschiffes „Moltke“ und des Aviso „Hela“, sowie 80 Mann des „Harald Harjager“ Aufstellung genommen. 40 Mann des letzteren standen zu Ehren des Kaisers in Parade und begaben sich nach Ankunft des Kaisers wieder an Bord des „Harald Harjager“, um die Rückkehr des Kaisers abzuwarten.

Budapest, 8. Juli. Das „Ungar. Korresp.-Bur.“ meldet: Aus Einzelheiten des gegen Seine Majestät den Kaiser Franz Josef geplanten Komplotts geht hervor, daß es nicht ernst war und kaum ausgeführt werden konnte. Zwei Angeklagte gestanden, daß die Dynamitbombe an eine Stelle hingelegt wurde, wo der König niemals vorbeikommt. Die strengsten gesühten Untersuchung ergab nichts Verdächtiges.

Paris, 8. Juli. Senator Buffet, einer der Führer der kirchlichen Rechte, früherer wiederholter Minister, ist gestern hier gestorben.

Brüssel, 8. Juli. Wie die Blätter melden, ist Lieutenant Dubois, welcher mit 100 Mann abgegangen war, um Kivu (Congo) zu besetzen, von seinen Soldaten getödtet worden.

Rom, 8. Juli. Der Senat bewilligte den provisorisch aufgestellten Budgetvoranschlag bis zum 31. Dezember d. J.

Rom, 8. Juli. Die Kammer genehmigte mit 187 gegen 27 Stimmen einen Kredit von 900 000 L. für die Betheiligung Italiens an der Pariser Weltausstellung.

St. Petersburg, 8. Juli. Der russische Gesandte in Rio de Janeiro ist zum Gesandten in Peking ernannt worden.

Canca, 8. Juli. Der von den Großmächten aufgestellte Entwurf einer provisorischen Verwaltung für Kreta ist der Nationalversammlung in Gegenwart der Admirale vorgelegt worden.

Valparaiso, 8. Juli. In den Handelskreisen der chilenischen Republik ist gestern eine Panik ausgebrochen. Am Dienstag kam es in Santiago zu einem großen Aufstand bei der Bank von Chile infolge des Gerüchtes, daß die Bank in Schwierigkeiten sei und die Regierung Papiergeld ausgeben wolle, um zur Rettung der Bank beizutragen. Eine Regierungskommission ist ernannt worden, um für Abhilfe zu sorgen. Alle Geschäfte in Santiago sind unterbrochen.

Songkong, 7. Juli. Nach Berichten aus Canton sind in Jungtschi und Lukschow in der Provinz Kwansi ernste Unruhen ausgebrochen.

Shanghai, 8. Juli. Die deutschen Offiziere, welche als Armeefrukture an der Militärakademie zu

Butchang angestellt sind, haben ihre Funktionen eingestellt und verlangen die Entlassung des chinesischen Direktors der Akademie, der eine lägerliche Proklamirung des offiziellen Akademiedirektoriums angeschlagen hatte, in der ein deutscher Offizier beleidigt wird.

Verschiedenes.

Ringloeburg (Dänemark), 8. Juli. (Telegr.) In der letzten Nacht um 2 Uhr scheiterte bei Herrehouse das deutsche in Rapsenburg beheimatete Schiff „Anna“, Kapitän E. Loepens. Von der Besatzung sind drei Mann ertrunken.

Wetterbericht des Centralbur. f. Meteorol. u. Hydr. v. 8. Juli 1898. Der Luftdruck nimmt heute von einem über Westeuropa gelegenen Maximum bis zu einem Gebiet niedrigen Druckes ab, welches sich von Scandinavien südwärts über die östliche Hälfte Mitteleuropas hinzieht und welches flache Minima über Schweden und über Ungarn aufweist. Im größten Theil von Deutschland ist es demgemäß trüb und regnerisch, nur in der Westgrenze, die dem hohen Druck näher liegt, ist es veränderlich und gewitternd. Diesen Charakter wird die Witterung voraussichtlich auch zunächst beibehalten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Juli	Barom. in m.	Therm. in C.	Windgeschw. in m.	Windrichtung.	Witterung.
7. Nachts 9 U.	754.2	17.0	13.2	92	SW bedeckt 1)
8. Morgs. 7 U.	752.7	15.2	12.0	93	NE "
8. Mittags 2 U.	751.8	20.8	7.5	41	" "

Höchste Temperatur am 7. Juli 21.7; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 14.5.

Niederschlagsmenge des 7. Juli 11.3 mm.

Wasserstand des Rheins. Maxan, 8. Juli: 5.09 m, gefallen 9 cm.

Familiennachrichten.

Auszug aus dem Karlsruher Standesbuch-Register.

Geburten. 1. Juli. Elisabeth Marie Emilie, B.: Wilhelm Freudenberger, Postbureauassistent. — 2. Juli. Hedwig Babette, B.: Friedrich Eberfeld, Kaufmann. — 3. Juli. Ade Bertha Adele Ida, B.: Friedrich Brauns, Architekt. — 7. Juli. Heinrich, B.: Bernhard Müller, Hofmeister.

Eheschließungen. 7. Juli. Adolf Hildenbrand von Rauerberg, Hilfskammerhier, mit Helene Zimmermann von Büchsenau. — Heinrich Rehl von Hainstadt, Wagenwärtergehilfe von hier, mit Eliza Giermann von Basel. — Karl Wegner von Königheim, Hilfskammerhier, mit Dorothea Hägel von Berolzheim. — Karl Schumacher von hier, Schreiner hier, mit Elise Windisch von Ettlingen.

Telegraphische Kursberichte

vom 8. Juli 1898.

Frankfurt. (Anfangskurse.) Kreditaktien 303¹/₂, Staatsbahn 302³/₄, Lombard. 68¹/₂, 3¹/₂ Portugiesen 18.50, Egypter —, Ungarn 102.70, Diskonto-Kommandit 198.30, Gottschaldaktien 188.80, 3¹/₂ Mexikaner 24.30, 6¹/₂ Mexikaner 96.90, Ottomanbank 110.—, Türkenloose 35.60, Italtener 92.90. Tendenz: schwach.

Frankfurt. (Schlußkurse.) Wechsel Amsterdam 169.30, Wechsel London 203.90, Paris 80.85, Wien 169.77, Italien 75.30, Privatdiskont 3¹/₂, Napoleons 16.28, 4¹/₂ Deutsche Reichsanleihe 102.65, 3¹/₂ Deutsche Reichsanleihe 95.05, 4¹/₂ Preuss. Konsole 102.60, 4¹/₂ Preuss. (3¹/₂ abg.) Baden in Gulden 100.30, 4¹/₂ (3¹/₂ abg.) Baden in M. 100.55, 3¹/₂ Baden in M. 101.10, 3¹/₂ Baden in M. v. 1896 —, 4¹/₂ Monopolgriechen 44.15, 3¹/₂ Italtener 92.90, Oesterr. Goldrente 103.—, Oesterr. Silberrente 86.20, Oesterr. Loose v. 1860 86.40, Portugiesen 29.—, Neue 4¹/₂ Kisten 68.20, 4¹/₂ Serben 59.75, Spanier 33.70, Türkenloose 35.70, 1¹/₂ D-Türken 22.55, 4¹/₂ Ungar. Goldr. 102.70, Ung. Kronenrente 99.70, 5¹/₂ Argentinier 77.—, 5¹/₂ Chinesen 101.40, 6¹/₂ Mexikaner 96.80, 5¹/₂ Mexikaner 93.30, 3¹/₂ Mexik. 24.30, Berliner Handelsgesellschaft 165.30, Darmstädter Bank 154.—, Deutsche Bank 198.30, Dresdener Bank 161.20, Badische Bank 123.—, Rhein. Kreditbank 146.20, Rhein. Hypothekbank 168.90, Pfälz. Hypothekbank 163.50, Oesterr. Länderbank 190¹/₂, Wiener Bankverein 227.—, Ottomanbank 110.20, Mailänder —, Elbthalaktien 225.—, Schweizer Centralbahn 139.90, Schweizer Nordostbahn 98.70, Schweizer Union 74.70, Jura-Simplon 88.—, Mittelmeerbahn 97.50, Meridionalbank 135.—, Badische Zuckerfabrik 53.—, Harpener 178.25, Nordb. Lloyd 110.10, Packerfabrik 121.80, Wäzinger Maschinenfabrik 228.90, Karlsruher Maschinenfabrik —, North Brer. 69.80, A. G. 274.—, Schudert 260.90. (2¹/₂ Uhr.) Kreditaktien 304.—, Diskonto-Kommandit 198.80, Staatsbahn 302³/₄, Lombarden 69.—. Tendenz: still.

Frankfurt. (Kurse von 2¹/₂ Uhr Nachm.) Kreditaktien 304¹/₂, Diskonto-Kommandit 198.80, Staatsbahn 302³/₄, Lombarden 69¹/₂. Tendenz: behauptet.

Frankfurt. (Abendkurse.) Kreditaktien 304¹/₂, Diskonto-Kommandit 198.80, Staatsbahn 302³/₄, Lombarden —, Gelsenkirchen —, Harpener 179.40, Laurahütte —, Türkenloose —, 6¹/₂ Mexikaner —, Jura Simplon 88.20, Italtener 92.90. Tendenz: ziemlich fest.

Berlin. (Anfangskurse.) Kreditaktien 224.50, Diskonto-Kommandit 198.20, Deutsche Bank 198.30, Berliner Handelsges. 165.—, Bochumer Gußst. 222.70, Laurahütte 195.50, Harpener 178.10, Dortmund 99.80. Tendenz: schwach.

Berlin. (Schluß.) 4¹/₂ Reichsanl. 102.70 G., 3¹/₂ Reichsanl. 95.— G., 4¹/₂ Preuss. Konsole 102.75 Br., Oesterr. Kredit 224.70, Diskonto Kommandit 198.60, Dresdener Bank 160.70, Nationalbank für Deutschland —, Staatsbahn 151.70, Bochumer Gußstahl 223.—, Gelsenkirchen Bergwert 188.20, Laurahütte 198.70, Harpener 179.10, Dortmund 99.50, A. G. —, Schudert —, Dynamit Ernst 172.30, Rdn. Rothweiser Pulverfabr. —, Deutsche Metallbarrenfabrik —, Kanada-Pacific —, Privatdiskonto 3¹/₂.

Berlin. (Nachbörse. Schluß.) Diskonto-Kommandit 198.90, Deutsche Bank 198.50, Dortmund 99.50, Bochumer 223.70, Hibernia 192.—.

Wien. (Vorbörse.) Kreditaktien 359.—, Staatsbahn 358.60, Lombarden 77.70, Marknoten 58.82, 4¹/₂ Ung. Goldr. 120.75, Papierrente 101.75, Oesterr. Kronenrente 100.90, Länderbank 226.50, Ungar. Kronenrente 99.10. Tendenz: still.

Paris. (Anfangskurse.) 3¹/₂ Rente 103.20, Portugiesen —, Spanier 34.60, Türken 22.55, Ottomanbank 549.—, Rio Tinto 677.—, Banque de Paris 937.—, Italtener 92.75, Debeers 708.—, Robinson 217.—. Tendenz: fest.

Paris. (Schlußkurse.) 3¹/₂ Rente 103.25, 3¹/₂ Portugiesen —, Spanier 34.60, Türken 22.55, Ottomanbank 549.—, Rio Tinto 677.—, Banque de Paris 937.—, Italtener 92.75, Debeers 708.—, Robinson 217.—. Tendenz: fest.

London. (Schlußkurse.) Debeers —, Chartered 2¹/₂ Goldfields 4¹/₂, Randfontein 1¹/₂, Castron 5¹/₂, 6¹/₂ Argentinier (unere) —, Atchison Top 34¹/₂, Louisv. Raffin. 55¹/₂.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Reß in Karlsruhe.

